

Plädoyer für ein neues «Wir-Gefühl»

Die Diskussion um Integration in Deutschland verfängt sich allzu oft im «Klein-Klein»: Es geht um die Höhe von Moschee-Minareten oder um Einbürgerungstests, die nach der Zahl der Bundesländer fragen. Der Zugang zu einer gelungenen Integrationspolitik eröffnet sich jedoch nicht über solche Nebensächlichkeiten, sondern nur über einen grundlegenden Bewusstseinswandel: Deutschland benötigt ein «Wir-Gefühl» auf der Grundlage seiner Verfassungswerte. Alles andere würde nur weitere Gräben aufreißen.

Die Debatte in Deutschland – ich bin sicher, auch in anderen europäischen Ländern – zur Integration und Identität ähnelt ein wenig dem Bergsteigen auf den vereisten Hängen des Wallis: Gerade meint man, einen grossen Schritt vorangekommen zu sein, da rutschen die Füsse auf dem blanken Untergrund wieder gen Tal. Ein Fortkommen ist so mühsam, und manchmal tritt man längere Zeit auf der Stelle.

Derart verhält es sich auch mit der Debatte um Integration: Glaubt man ein wenig Differenzierung zu verspüren, schlagen einem wieder die unvermeidlichen Begriffe, wie Zwangshe, Ehrenmord, Einbürgerungstest, Parallelgesellschaft und Leitkultur, um die Ohren – Begriffe, die spätestens seit dem 11. September 2001 deutlich die Diskurse über Zuwanderung in Deutschland bestimmen.

Nun ist es richtig, zu überlegen, wie man etwa Zwangsheiraten unterbindet und Ehrenmorde verhindert. Aber man sollte nicht dem Missverständnis aufsitzen, damit eine grundsätzlichere Antwort auf die Frage zu bekommen: Auf welcher Wertegrundlage wollen wir in Deutschland gemeinsam leben? Und gibt es einen solchen für alle Menschen verbindlichen Wertekanon überhaupt? Meiner Meinung nach muss man die Frage mit einem deutlichen «Ja» beantworten. Ja, es gibt einen solchen Wertekanon, der allgemeinverbindlich ist. Aber woraus besteht dieser Wertekanon, woher stammt dieser und wodurch ist er legitimiert?

Interessant ist, dass diese Kernfrage erst richtig in der Öffentlichkeit debattiert wird, seit die ersten Einwanderer in den fünfziger und sechziger Jahren nach Deutschland gekommen sind. Allerdings ist diese Debatte zunächst zögerlich geführt worden, weil man Zuwanderer als «Gastarbeiter» deklariert hat und nicht vorhersehen wollte (konnte schon), dass viele von ihnen dauerhaft bleiben werden. Seit den neunziger Jahren, spätestens aber seit der Jahrtausendwende, vergeht nun kein Tag, an dem die Medien nicht mehr oder minder ausgiebig zu Integrationsthemen berichten – nach meiner Auffassung leider allzu oft am Kern der Sache vorbei.

Die Frage nach dem Kern der Sache

Der Kern der Sache müsste sich vielmehr mit der Frage beschäftigen, welcher Konsens uns alle verbindet bei immer größer werdender Pluralität der Religionen, Herkunft und politischen Überzeugungen. In Deutschland leben heute schon rund sieben Millionen Ausländer, also fast so viele Menschen wie die Schweiz Einwohner zählt. Zudem haben 15 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Unter den Religionen ist der Islam mit circa 3,2 Millionen ganz klar der grösste Faktor und als Glaubensgruppe die Nummer drei nach den evangelischen und katholischen Christen. Die meisten Einwanderer stammen aus der Türkei, ein zunehmender Anteil kommt jedoch auch aus anderen Ländern, wie dem Iran, Irak, Syrien, Bosnien und weiteren Staaten. In den Städten haben schon heute über 40 Prozent aller Jugendlichen einen Migrationshintergrund – und man muss kein Augur sein, um zu begreifen, dass Deutschland in Richtung einer fifty-fifty-Gesellschaft steuert: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu etwa gleichen Teilen.

Dieses Bild ist kein Märchen aus den Träumen irgendwelcher Multikulti-Anhänger: Es ist eine nüchterne Beschreibung der Realitäten. Eine Projektion ins Jahr 2030 zeigt deutlich, dass die Minderheiten von heute die Mehrheiten von morgen sein werden. Insofern war die deutsche Diskussion jahrelang unehrlich, weil sie sich an der Frage abwetzte, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland sei oder nicht. Natürlich ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Deutschland ein Einwanderungsland. Und auf einmal wird deutlich, dass das Weltbild eines ethnisch homogenen Volkes im Falle Deutschlands, das immer Transitstrecke vieler Migrationsbewegungen war, schon immer falsch war, und ganz besonders heutzutage falsch ist. Deutschland ist nicht durch eine gemeinsame Religion zusammengehalten.

Nein, frustriert muss derjenige durch deutsche Städte gehen, der nur Kirchen und Marktplätze als typisch deutsch versteht. Die Pluralität unserer Gesellschaft hat unsere Städte und Dörfer augenscheinlich verändert, und daran müssen wir uns alle, die wir manchmal unter durchaus normalen Anpassungsschwierigkeiten leiden, gewöhnen.

An meiner Heimatstadt Köln möchte ich das verdeutlichen: Alleine im Südwesten der Millionenstadt Köln leben gut 278'000 Menschen aus 100 Nationen auf nur knapp 100 Quadratkilometern. Der Ausländeranteil liegt bei über 16 Prozent, und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist deutlich höher. Die gesellschaftlichen Milieus verdichten sich zu einem einzigartigen bunten Teppich: freiberufliche Softwareentwickler, technische Facharbeiter, die alleinerziehende Mutter und die Germanistikstudentin wohnen nebeneinander.

Ihr Alltag und ihr Dasein werden vor allem durch die sozio-ökonomischen Möglichkeiten bestimmt. Diese Pluralität bezieht sich nicht auf die Fragen des Stils oder des Geschmacks.

Die Grenzen verlaufen keineswegs entlang ethnischer Grenzen, sondern entlang sozialer: Der iranische Chefarzt wohnt neben dem deutschen Anwalt, nicht aber im Haus des iranischen Hilfsarbeiters. «Parallelgesellschaften» existieren also nicht durch ethnische Schichtung, sondern durch soziale. In einem sogenannten «sozialen Brennpunkt» meines Wahlkreises, dem «Kölnberg» in Köln-Meschenich, leben über 180 Nationen in nur wenigen Hochhäusern. Sie alle haben weder die «Kultur» noch die Traditionen gemein – sie alle leben dort, weil sie ähnlich einkommensschwach sind.

Hieran misst sich also die Schichtung unserer Gesellschaft. Die Soziologie unterteilt die deutsche Gesellschaft seit den achtziger Jahren in verschiedene Milieus: Das obere Fünftel der westdeutschen Bevölkerung spaltet sich in zwei gleich grosse Milieus, in ein etabliertes mit stärker traditionellen Orientierungen, und in ein intellektuelles mit stärker sozialen, ökologischen und individualistischen Einstellungsmustern. Im unteren Bereich der gesellschaftlichen Hierarchie lässt sich jeweils circa ein Zehntel der Bevölkerung dem konsum-materialistischen Milieu (Arbeitermilieu) und dem hedonistischen, aufs Hier und Jetzt orientierten Milieu zuordnen. Migranten sind in all diesen Gruppen zu finden, allerdings bewegen sich besonders viele im konsum-materialistischen und im modernen Arbeitermilieu. Ein kleinerer Teil ist dem aufstiegsorientierten Milieu zuzurechnen, einige haben es über Bildung in das liberal-intellektuelle geschafft, aber erst wenige in die etablierten Milieus.

Die Werte und Normen sind in jedem Milieu grundverschieden, und eine sogenannte «deutsche Leitkultur» ist daher zum Scheitern verurteilt. Nun, die Eingangsfeststellung, es gebe einen Wertekonsens, der für alle Milieus Geltung beansprucht, ist aber nach wie vor richtig. Ich komme der Antwort näher: Offensichtlich bedarf eine Demokratie der Überzeugungskraft, damit diese identitätsstiftend ist. Nur, wer sich in sozialer Hinsicht wohlfühlt, nur wer das subjektive Empfinden hat, die deutsche Demokratie sichere den eigenen materiellen Wohlstand, wird im Zweifelsfalle für die Demokratie eintreten. Die qualitative (und nicht-repräsentative) Studie der Universität Leipzig («Ein Blick in die Mitte», Friedrich-Ebert-Stiftung 2008) bestätigt: Demokratie wird nur solange als gut befunden, wie sie individuellen Wohlstand garantiert. Problematisch wird es, wenn Demokratie dieses Versprechen nicht einlösen kann.



Der Kitt des Zusammenhalts

Punkt eins der Antwort auf die Frage, welcher Kitt die deutsche Gesellschaft zusammenhält, ist der soziale Erfolg und die Gerechtigkeit in den Aufstiegs- und Bildungschancen. Es bedarf aber noch mehr, einer echten Identifikation mit dem System, die über das eigene Portemonnaie hinausgeht.

Hier sind die Amerikaner Vorbild: Natürlich erscheinen die Selbstvergewisserungen der Amerikaner, Teil einer Gemeinschaft und Nation zu sein, für Augen der Europäer eher befremdlich. Mich interessiert auch nicht der nationalistische Unterton, der beizeiten in Chauvinismus ausbricht. Aber ich bewundere die Selbstverständlichkeit, mit der alle Amerikaner, auch die Einwanderer, sich als Teil der Gemeinschaft zelebrieren. Dieses Gefühl wird mittels mythisch überhöhter Geschichten über die Gründerväter und den «frontier-Geist» schon in den Schulen gelehrt. Amerika ist nicht attraktiver als Deutschland oder die Schweiz. Die Amerikaner in ihrer Mehrheit empfinden aber eine starke Attraktivität ihres Landes – ein Gefühl, das Europäer für ihr eigenes Land oftmals nicht wärmstens aufbringen können. Amerika ist ein klassisches Einwanderungsland, darum hinkt der Vergleich mit Deutschland:

46

Lale Akgün, geboren 1953 in Istanbul, kam als Neunjährige mit ihrer Familie nach Deutschland. Sie studierte Medizin und Psychologie. Seit 2002 ist sie Bundestagsabgeordnete, befasst sich mit Fragen der Migration und Integration und fungiert als Islampolitische Sprecherin der SPD. Seit 1981 hat sie die deutsche Staatsbürgerschaft und lebt in Köln.

Aber dieses Deutschland, das sich in den vergangenen Jahrzehnten derart stark pluralisiert hat, tut gut daran, sich ein Stückchen vom amerikanischen Traum in dieser Beziehung abzuschauen.

Das einheitliche Band der Amerikaner ist die Verfassung, die trotz aller rassistischen Tendenzen in der Vergangenheit und bis heute ein frühes Vorbild für eine moderne staatliche Verfassung darstellt. Die Werte darin können von allen geteilt werden, egal ob sie hispanischer, afrikanischer, chinesischer, deutscher oder irischer Abstammung sind. Ähnliches ist auch für Deutschland angebracht: Der Politikwissenschaftler Dolf Sternberg hat den Begriff «Verfassungspatriotismus» in die Debatte eingebracht, und Jürgen Habermas hat ihn aufgegriffen. Im Kern meint dieser Begriff das Einhalten unserer verfassungsmässigen Ordnung bei gleichzeitiger Verinnerlichung dieser Werte. Nach dieser Definition verhält sich ein Mensch «verfassungspatriotisch», wenn er sich mit den Grundwerten, die im Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes ganz allgemein formuliert sind, den Verfahren und den Institutionen des Rechtsstaates identifiziert und diese, salopp formuliert, gut findet.



Mit diesem einfachen, aber umfassenden Ansatz können gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Minderheiteninseln, auf denen manche Muslime etwa eine eigene Stadtteilgerichtsbarkeit errichten, sind dann glasklar abzulehnen. Gleichberechtigung von Mann und Frau – nicht verhandelbar. Negative und positive Religionsfreiheit – nicht verhandelbar. Schulpflicht inklusive Schwimmunterricht für Mädchen und Jungen – nicht verhandelbar. Die Verfassung kann es nicht à la carte geben, das muss die Botschaft sein! Auf der anderen Seite bedeutet das auch Anerkennung der Migranten: Realität in unserem Land ist, dass Zuwanderer auch nach 20, 30 Jahren, die sie hier leben, oftmals immer noch nicht als Deutsche anerkannt werden, wenn sie die Staatsbürgerschaft haben. Kein Mensch hat jedoch Lust, ein Leben lang der Exot zu sein.

Eine neue Auslegung von Assimilation

Dieser Lernprozess ist auf beiden Seiten – bei der einheimischen wie der zugewanderten Bevölkerung – ein Prozess der Assimilation. Assimilation bedeutet dabei keineswegs, die kulturellen Wurzeln zu verleugnen – dies ist ein Schreckgespenst, das unter anderem der türkische Ministerpräsident auf seiner letzten Deutschland-Reise an die Wand gemalt hat («Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit»). Nein, Assimilation ist natürlich notwendig, wenn die Vorstellungen über Recht und Ordnung anfänglich noch divergieren.

Assimilation ist im Übrigen in vielen Schattierungen denkbar: Der amerikanische Soziologe J. Milton Yinger etwa stellt fest, «dass Assimilation von bescheidensten Anfängen von Interaktion und kulturellem Austausch bis hin zur gründlichen Verschmelzung der Gruppen reichen kann». Ich möchte ergänzen: Jeder Mensch hat die Pflicht, sich soweit anzupassen, dass die

Promuoviamo un nuovo senso di appartenenza

La Germania abbisogna di un senso di appartenenza («Wir-Gefühl») basato sui valori costituzionali se vuole evitare che si scavino sempre nuovi fossati. Sulla base della nozione di «patriottismo costituzionale», l'autrice promuove un nuovo orientamento della formazione identitaria in Germania. Sostanzialmente ciò comporta il rispetto dell'ordine costituzionale mediante la messa a punto di un consenso per quanto concerne i valori costituzionali. Secondo tale definizione, una persona dimostra patriottismo costituzionale identificandosi con il catalogo dei valori fondamentali quali sono generalmente formulati dalla legislazione tedesca, e identificandosi inoltre con le procedure e istituzioni dello Stato di diritto. Questo approccio semplice ma completo consente di conseguire numerosi obiettivi in una volta sola: anzitutto è esclusa l'idea di una «costituzione à la carte» ed è sottolineato l'imperativo per ciascuno di aderire ai valori e alle leggi del Paese. In secondo luogo è esplicitata l'importanza delle persone migranti: in Germania vi sono persone che, pur risiedendovi da 20 e 30 e più anni, continuano a non essere riconosciute come cittadini tedeschi, nemmeno se naturalizzate. Ora, nessuno desidera vivere tutta la vita come un estraneo nel proprio Paese. Il patriottismo costituzionale è pertanto sinonimo di parità.

Verfassungswerte respektiert und gelebt werden. Darüber hinaus aber ist es Sache des Einzelnen, wie weit er oder sie sich an die Gepflogenheiten des Landes anpassen möchte. Für Einwanderer ist dieser Verfassungspatriotismus ein Etappenziel des Hineinwachsens in die Gesellschaft. Um ihnen das zu erleichtern, muss die Mehrheitsgesellschaft helfen, indem sie beispielsweise Sprachkurse anbietet. Einbürgerungstests hingegen, die Lexikonwissen abfragen, sind, wenn auch grundsätzlich nicht falsch, untauglich dabei, die Verfassungstreue eines Menschen abzufragen. Entscheidend ist, was im Herzen des Menschen eine Rolle spielt.

Das Wir-Gefühl und das subjektive Empfinden, als Teil dieser Gesellschaft anerkannt zu sein, sind essentiell. Man kann sagen, wer sich als Miteigentümer des Hauses Deutschland fühlt, wird auch in die Renovierung und Instandhaltung des Landes investieren. Und das gilt gleichermaßen für Deutschland wie für die Schweiz.